

# Menschen, die nur als Materialkosten zählen

**POLITIK** Sepp Weitzer berichtete über Leiharbeiter – und die SPD reagiert betroffen.

**NEUTRAUBLING.** Erschüttert zeigten sich die Mitglieder des SPD-Ortsvereins, als ihnen Sepp Weitzer das Thema Leiharbeit aus den verschiedensten Blickwinkeln beleuchtet hatte. Dass Leiharbeiter zum Kostenblock Material zählen, hielt Altbürgermeisterin Eleonore Mayer für einen glatten Verstoß gegen die Menschenwürde.

Mit ihrem Kreisrat, der im Krones-Konzern stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender ist und im Aufsichtsrat als Arbeitnehmervertreter sitzt, hatten die Sozialdemokraten einen profunden Kenner der Materie gewonnen, der das Instrument der Leiharbeit gar nicht grundsätzlich in Frage stellen wollte. „Als Arbeitnehmervertreter muss ich auch dafür sorgen, dass die Rendite stimmt“, machte der Gewerkschafter deutlich.

Als Vorteile der Leiharbeit nannte Weitzer, dass sie nicht unter den Kostenblock Personal fällt, sondern als Material zählt. Gerade bei Aktiengesellschaften, bei denen Analysten streng auf die Personalkosten blicken,



**Es muss nicht immer Lohndumping sein. Leiharbeiter werden mitunter ganz ordentlich bezahlt. Sepp Weitzer würde die Dauer der Leiharbeit aber aus grundsätzlichen Erwägungen beschränken.**

Archivfoto: dpa

könne Personal so unter Materialkosten versteckt werden. Leiharbeit ermöglicht auch in kritischen Zeiten Flexibilität und gerade bei gering qualifizierten Arbeitskräften bedeute sie für die Unternehmen große Ersparnis.

Leiharbeit müsse nicht Lohndumping bedeuten. Von Verleihfirmen und Qualifikation abhängig, können Leiharbeiter mitunter sogar mehr ver-

dienen als ein vergleichbares Mitglied der Stammelegschaft, weil diese die Auslöse steuerfrei einstreichen könnten. Weil solche Beschäftigte aber weniger Sozialabgaben abführten, räche sich dies später mitunter für den Einzelnen im Rentenalter, für die Gesellschaft aber allgemein, weil die Arbeitnehmer mit ihren Beiträgen das soziale System am Leben halten. Leiharbei-

ter werden mitunter aber deutlich schlechter bezahlt als ihre fest angestellten Kollegen am Band. Bei manchen Unternehmen dürften Leiharbeiter als Fremde nicht einmal in die Kantine oder zum Betriebsarzt. Und in mancher Belegschaft wird der Kollege von der Zeitarbeitsfirma als Konkurrent angesehen. Leiharbeiter haben wegen ihres Wanderdaseins mitunter bei der Wohnungssuche Probleme. Auch Bauen und familiäre Beziehungen sowie die ganze Zukunftsplanung überhaupt sei bei den Beschäftigten im Zeitarbeitssektor unsicher – mit erheblichen Konsequenzen für das soziale Zusammenleben.

Als Betriebsrat könne er Leiharbeit rechtlich nicht ablehnen, erläuterte Weitzer. Leiharbeit basiere auf gesetzlichen Grundlagen. Und als Mitglied im Aufsichtsrat könne er Leiharbeit grundsätzlich gutheißen, wenn die Konditionen stimmten. Als Politiker trete er aber dafür ein, den Zeitrahmen von Leiharbeit zu begrenzen. Diese Arbeit sei als Kriseninstrument und nicht als Dauerlösung gedacht gewesen. Als solche gefährde sie das soziale Gefüge. Weitzer spricht sich für eine Begrenzung der Leiharbeit auf sechs Monate aus. (jn)